



Der Deutsche Sportlehrerverband e.V. (DSLVL) fordert eine angemessene Unterbringung von Flüchtlingen außerhalb von Sporthallen in ganz Deutschland.

Der DSLVL hat Verständnis für die Not der Flüchtenden und spricht sich klar für eine engagierte Hilfe für Flüchtende und Asylbewerber aus - damit auch für eine menschenwürdige Unterbringung. Wir sind der Meinung, dass Massenunterkünfte, wie Sporthallen, keine gute Lösung darstellen, sondern nur ein (kurzfristiger) Notbehelf sein dürfen. Kommunen können viele Möglichkeiten und Wege nutzen, um andere Unterbringungen zu finden.

Für Schulen ist es ein großes Problem, wenn Sporthallen nicht mehr für den Unterricht genutzt werden können. Wo Sporthallen bereits mit Flüchtlingen belegt sind, muss der Sportunterricht aufrechterhalten werden und darf nicht ausfallen. Für etwaige Transport- oder Eintrittskosten, die der Aufrechterhaltung des Sportunterrichts dienen, sollte der Schulträger aufkommen.

Sportunterricht bietet eine unmittelbare Gelegenheit zur Begegnung, zum gegenseitigen Kennenlernen, zum Abbau von ‚Berührungsängsten‘. Diese „integrative Chance“ von Bewegung, Spiel und Sport durch die Schließung der Sportstätten in der Schule nicht mehr nutzen zu können, steht den eigentlichen Bemühungen um Integration hinderlich gegenüber.

Zudem werden die Sporthallen in den Kommunen vielfältig genutzt, nicht nur durch Schulen. Sporthallen sind auch Orte des außerunterrichtlichen Schulsports, des Austausches und der Pflege einer offenen Sportkultur für viele Bürgerinnen und Bürger. Sporthallen sind besondere Orte für sportliche Begegnungen und Fundament für gelingende Integration von kultureller Vielfalt.

Daher müssen sofort Lösungen vor Ort geschaffen werden, damit die Sporthallen wieder für den Sport zugänglich sind. Die vermehrte Unterbringung von Flüchtlingen in Schulsportstätten ist unangemessen und kontraproduktiv - Chancen für ein gesellschaftliches Miteinander werden vergeben - große pädagogische Chancen bleiben ungenutzt.

Deswegen brauchen wir jetzt die Sporthallen besonders dringend.

Verabschiedet auf der Bundesversammlung am 14.11.2015 in Leipzig.